

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands – MLPD

Landesverband Baden-Württemberg

Bruckwiesenweg 10 | 70327 Stuttgart

Tel.: (07 11) 23 58 66 | Fax: (07 11) 3 04 02 76

[MLPD Baden-Württemberg | Bruckwiesenweg 10 | 70327 Stuttgart](#)

E-Mail: bawue@mlpd.de

Internet-Seiten: www.mlpd.de

An
die Presse

Stuttgart, den 7. Februar 2013

Presseerklärung der MLPD Baden-Württemberg:

"S 21 steht politisch vor dem Ende – mit einem Harakiri-Kurs* soll es dennoch gerettet werden – Niemals!"

Die S 21-Betreiber wissen nicht mehr vor und zurück, seit in einem internen Papier aus dem Berliner Verkehrsministerium bestätigt wurde, dass alle langjährigen Kritikpunkte der S 21-Gegner völlig richtig sind. Das bedeutet: die S 21-Verträge, die immer als „rechtlich einwandfrei“ und „demokratisch beschlossen“ präsentiert wurden, können zu-gegebenermaßen nicht eingehalten werden. Dies betrifft die unkalkulierbaren Milliarden-Kosten, sowie die unübersehbare Verlängerung der Bauzeit und vor allem die immer offensichtlicher werdende Unsinnigkeit des ganzen Projekts, dem gegenüber bereits der bisherige Bahnhof wesentlich leistungsfähiger ist und erst recht der von den S 21-Gegnern favorisierte erneuerte Kopfbahnhof K 21.

All das sind keine neuen Fakten, sie kommen nur jetzt erst ans Licht der Öffentlichkeit, nachdem die S 21-Gegner, aber wohlgerne auch die S 21-Befürworter in der Bevölkerung jahrelang belogen wurden („Lügenpack!“). Was mit dem Wasserwerfereinsatz vom 30. September 2010 - international bekannt geworden als „schwarzer Donnerstag“ - und gegen zehntausende, mehrmals in der Woche demonstrierende Menschen nicht durchgesetzt werden konnte, sollte ein Jahr später mit der ersten Volksabstimmung in Baden-Württemberg erreicht werden: Die Legitimierung von S 21 als angeblich vom Volk gewollt. Heute steht fest, was schon damals von Vielen kritisch ins Feld geführt wurde: Die Volksabstimmung beruhte auf manipulierten Zahlen, denn die Kosten für S 21 waren viel zu niedrig angegeben worden und zugleich sollten die Massen mit horrenden Ausstiegs-kosten erpresst werden. Diese Volksabstimmung muss darum rückwirkend für ungültig erklärt werden, anstatt dass sich die Landesregierung weiterhin scheinheilig hinter dieser angeblich demokratischen Abstimmung versteckt!

Obwohl sich selbst innerhalb der S 21-Betreiber die Widersprüche mehren, nicht zuletzt weil sich die Aussichten auf die geplanten Maximalprofite zunehmend verdüstern, wollen Merkel, Ramsauer und Grube an dem Projekt festhalten, um ein Debakel für die Bundes-regierung und die internationalen Monopole, zuvorderst die Deutsche Bahn AG zu verhindern. Jetzt wollen sie „Handlungsfähigkeit“ beweisen nach der Devise: In Deutschland als der gegenwärtig wirtschaftlich und politisch stärksten Kraft in der EU können solche unsinnigen und spekulativen Großprojekte durchgesetzt werden, koste es, was es wolle.

* „**Harakiri-Kurs**“ nach wikipedia ein Synonym für „sehenden Auges ins Verderben rennen“.

Das wollen jedoch immer weniger Menschen mittragen - und zwar weit über das Lager der aktiven S 21-Gegner hinaus. Tag für Tag wächst mitten in Stuttgart eine riesige Bau-ruine, Nordflügel und Südflügel des denkmalgeschützten Bonatz-Bau's wurden unter Po-lizeischutz bereits abgerissen, unter den gleichen Umständen Jahrhunderte alte Bäume im Schlossgarten gefällt, das Grundwasser und die Mineralquellen der Stadt gefährdet und Vieles an Schandtaten mehr.

Man glaubt es kaum, aber die für diese Barbarei verantwortlichen Politiker und Bahn-chefs bezeichneten S 21 noch vor kurzem als „bestgeplantes Projekt Deutschlands“ und wagten es, S 21-Gegner in antikommunistischer Manier der „sozialistischen Misswirt-schaft“ zu bezichtigen. Welche Misswirtschaftler diese Antikommunisten selber sind, geht aus dem aktuell bekannt gewordenen Schreiben des Bahn-Vorstands an den Auf-sichtsrat hervor: „Unter den gegenwärtigen Randbedingungen würde man heute ein sol-ches Projekt nicht beginnen, jedoch fortführen.“ (Stuttgarter Zeitung vom 05.02.2013) Im Klartext: Das Projekt ist eine Fehlplanung, aber wir ziehen es trotzdem durch.

Glauben diese Bankrotteure wirklich, damit durchzukommen? Und das nach Jahren ei-ner der bedeutendsten kommunalpolitischen Massenbewegungen der Nachkriegsge-schichte mit einer Protestkultur, die ihresgleichen sucht?! Schon ist am 23. Februar eine neue landesweite Demonstration gegen S 21 angesetzt, die von der MLPD unter folgen-den Losungen entschieden unterstützt werden wird:

- Aus Betrieben, Schulen und Unis, Wohngebieten, Stadt und Land: Heraus zur Großdemonstration in Stuttgart!
- S 21 stoppen - jetzt und auf Kosten der Betreiber!
- Die Volksabstimmung von November 2011 muss für ungültig erklärt und alle Ver-träge zu S 21 gekündigt werden. Ihnen ist jede Grundlage entzogen!
- Wiederaufbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs als erster Bauabschnitt für ein K 21!
- Stopp aller aufgezwungenen und unnützen Großprojekte in der ganzen EU und weltweit! Kein zweites S 21-Desaster – nirgendwo!
- Einstellung aller Verfahren gegen S 21-Gegner!
- Machen wir das Wahljahr 2013 zum Jahr der Niederlage von S 21 und des Sie-ges im aktiven Volkswiderstand!

In diesem Sinne gilt es auch, die Unterschriftensammlung für die Wahlzulassung der MLPD zu unterstützen, damit es eine echte sozialistische und revolutionäre Alternative bei den Bundestagswahlen gibt. Macht mit in den Wählerinitiativen der MLPD!

Landesleitung Baden-Württemberg der MLPD

